

Wenn die Delegierten der Bio Suisse das letzte Wort haben

Autor(en): **Minkner, Ulrike**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **73 (2018)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-890952>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gemeinsamen Mittagessen nebeneinander und sprachen über die Landwirtschaft, worauf besagte Kollegin offen zugab: «Ach, wissen Sie, Frau Peter, von Landwirtschaft verstehe ich nichts.»

Die Initiative für Ernährungssouveränität ist eine gute Gelegenheit, eine breite Diskussion über Landwirtschaft und Ernährung zu führen, über die Wichtigkeit von lokalen Strukturen von Ernährungssystemen und über unsere Agrarpolitik.

So erfolgreich die Biogeschichte mit Coop ist, so sehr müssen wir uns auch wirksam für den Erhalt von kleinen regionalen Strukturen (Metzgereien, Bäckereien, Dorfäden etc.) einsetzen. Denn das 21. Jahrhundert wird, was Landwirtschaft und Ernährung angeht, nicht nur wegen der billigen Nahrungsmittel in die Geschichte eingehen, sondern insbesondere auch wegen der Zentralisierung von Produktion, Verarbeitung und Handel. Die Nahrungsmittelversorgung der Menschheit liegt in den Händen von immer weniger multinationalen Konzernen. Der Verkauf verläuft zunehmend über immer grösser werdende Supermärkte, die Transportwege werden immer länger und wir verlieren in rasantem Tempo die Kontrolle über unsere Nahrung. Mit Nahrung wird Handel betrieben wie mit jedem anderen x-beliebigen Produkt. Fast alle Regionen der Welt unterstützen diesen wirtschaftlichen Unsinn. Und die Kilometer, die unser Essen zurücklegt, bis es auf unserem Teller ist, wird immer länger. Ein typisches amerikanisches Essen z. B. legte bereits Ende der 90er Jahre rund 2500 km zurück, Tendenz steigend. Es sind oft die gleichen Produkte, die importiert und exportiert werden. So importierte Grossbritannien 2015 ziemlich genau gleich viel Milch wie es exportierte, nämlich rund 200'000 Tonnen!

Es braucht die Einsicht, dass wir unsere Kraft nicht hauptsächlich darauf richten sollten, immer neue ausländische Märkte zu «erobern» (wie es sprachlich so bezeichnend heisst), sondern dass wir zusammen mit den KonsumentInnen unserer Region neue Formen einer sinnvollen Landwirtschaft, in erster Linie für den eigenen Markt, entwickeln. Nur so können wir der bäuerlichen Landwirtschaft, hier und weltweit, das Überleben sichern.

Schön, dass sich heute zunehmend solche erfolgversprechende Projekte entwickeln, wie etwa die «solidarische Landwirtschaft» oder *urban agriculture*!

Wenn die Delegierten der Bio Suisse das letzte Wort haben

Ulrike Minkner. Am 23. September 2018 wird über die Initiative für Ernährungssouveränität und über die Fair-Food-Initiative abgestimmt.

Der Vorstand von Bio Suisse hatte schon vor Monaten beschlossen, die Ernährungssouveränitäts-Initiative abzulehnen und zur Fair-Food-Initiative eine unentschlossene Haltung (Stimmfreigabe) einzunehmen. Dies war nicht im Sinne einiger Mitgliederorganisationen: Sie forderten den Vorstand deshalb dazu auf, bei der Delegiertenversammlung (DV) über diese Initiativen abstimmen zu lassen, sodass hier **die BasisvertreterInnen das letzte Wort bekommen.**

Die Bergheimat beantragte, dass sich Bio Suisse klar für die Initiative für Ernährungssouveränität aussprechen solle. Das Bioforum, Bio Genève und Bio Nordwestschweiz hatten Anträge für die Diskussion und Abstimmung beider Initiativen gestellt und die Bärner Bio Bure setzten sich für die Fair-Food Initiative ein.

Mehr oder weniger Eingriffe

Beide Traktanden, die getrennt diskutiert wurden, waren vor der Mittagspause angesetzt und **nur wenig Zeit wurde dafür eingeräumt.** Der Vorstand stellte jeweils seine Argumente voraus, danach gab es eine Diskussion unter den Delegierten, den InitiantInnen und dem Vorstand und dann wurde abgestimmt.

Der Vorstand vertrat die Meinung, dass beide Initiativen zu viel vom Staat erwarten, es wurde von «Handschellen für die Landwirtschaft» gesprochen und von zu vielen neuen Regelungen und **«Markthemmnissen».** Dies war dann auch ein wichtiger Diskussionspunkt in der folgenden Debatte. Die AntragstellerInnen und weitere VotantInnen sprachen sich hingegen klar für regulierende Massnahmen an den Grenzen, wie z. B. Zölle, aus, auch weil bei Importprodukten den zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen und katastrophalen Auswirkungen auf die Natur in den Herkunftsländern zu wenig Rechnung getragen wird. Um dies zu ändern, solle der Bund geeignete Rahmenbedingungen setzen.

Hier stellt sich eine Grundsatzfrage: Soll sich eine Regierung bei den Lebensmittelstandards auf die Konzerne und den Markt verlassen oder soll sie auch selber Verantwortung übernehmen und vorausschauend darauf achten, dass ökologische und soziale Standards auch bei Importwaren eingehalten werden? Wenn man sich die Verhandlungen über weitere Freihandelsabkommen der Schweiz vor Augen führt, wo **die eigene Landwirtschaft stets in Gefahr ist, ein «Bauernopfer» zwecks Aushandlung anderweitiger Exportvorteile zu werden,** wären solche präventiven Massnahmen zum Schutz der regionalen Landwirtschaft immerhin eine gewisse Absicherung.

Überzeugungsarbeit und offene Diskussion

Schlussendlich konnten die BefürworterInnen überzeugend darlegen, dass beide Initiativen in Anbetracht der Probleme und Gefahren in der Landwirtschaft, der weltweiten Hungerkrisen, des Klimawandels etc., ihre Berechtigung haben. Etwas mehr Bedenken auch unter den Delegierten gab es bei der Initiative für Ernährungssouveränität, denn diese fordert ein radikales Umdenken, eine andere Agrarpolitik – eine Kehrtwende. Für die Fair-Food-Initiative wurde schlussendlich die Ja-Parole beschlossen, für Ernährungssouveränität die Stimmfreigabe. Dies wurde möglich, weil Bio Genève den Vorschlag zur Stimmfreigabe als Kompromiss eingebracht hatte. Massgeblich zu diesem Richtungswechsel hatte sicher auch ein offener Brief von Frauen beigetragen, der im Vorfeld der DV an alle Mitgliederorganisationen verschickt worden war. Die Frauen hatten sich darin für beide Initiativen starkgemacht (siehe Seite 27).

Eine Delegiertenversammlung ist der einzige Ort, an dem der Vorstand, die Angestellten der Geschäftsstelle und alle Delegierten als Ganzes zusammenkommen.

Klar, gibt es dann viele Wortmeldungen. Der Zeitdruck einer DV gibt dem Geschäft aber jeweils eine starke Begrenzung. Hinzu kommt, dass es nicht jeder Delegierte wagt, vor der grossen Versammlung seine Vorstellungen zu äussern. Manche brauchen etwas

Zeit, um genug Mut zu sammeln und um dann die eigene Meinung pointiert in die Runde zu geben. Häufig sind es die PräsidentInnen, die sich für ihre Mitgliederorganisation (MO) und deren im Vorfeld gefasste Entscheidung einsetzen. Damit solche Diskussionen basisdemokratisch verlaufen, muss jede MO zwingend alle Geschäfte jeweils mit ihren Mitgliedern oder zumindest mit ihren Delegierten diskutiert haben. Nur so ergibt sich eine vielfältige und basisdemokratische Entscheidungsgrundlage.

Dies ist ein Bericht über die DV, der nicht aus einer neutralen Warte geschrieben wurde, sondern natürlich persönlich gefärbt ist und nur einen kleinen Ausschnitt der DV wiedergibt. Alle Informationen können auf der Website von Bio Suisse abgerufen werden.

Kontakt: info@souverainete-alimentaire.ch
IBAN CH5808390034616510006

Aus dem Landwirtschaftsgesetz

Art. 2.2: Sie [die Massnahmen des Bundes] orientieren sich am Grundsatz der Ernährungssouveränität zur Berücksichtigung der Bedürfnisse der Konsumenten und Konsumentinnen nach qualitativ hochwertigen, vielfältigen und nachhaltigen inländischen Produkten.
Volltext: www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19983407

Aus dem Initiativtext

Art. 3 Er [der Bund] trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

5 Er [der Bund] nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.

8 Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

Volltext: www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Wider die Tretmühlen

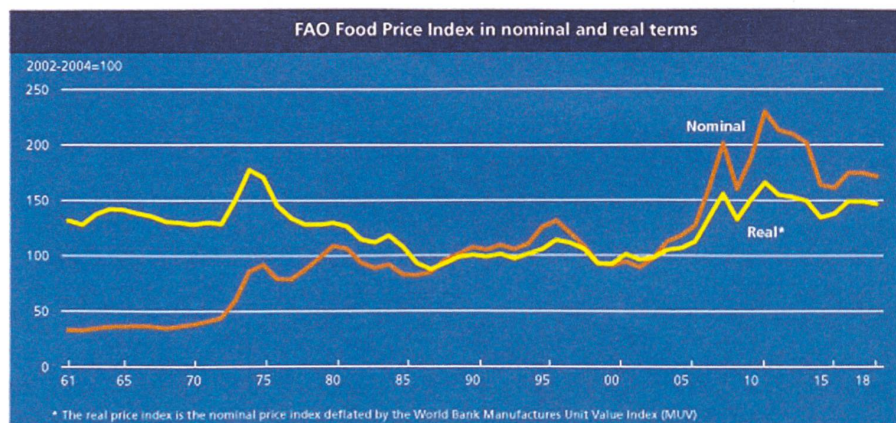
Mathias Stalder. Die im Trend liegende Billigpreispolitik für Nahrungsmittel spielt der Liberalisierung und damit einer weitergehenden Grenzöffnung in die Hände. Die Initiative für Ernährungssouveränität bietet eine umfassende Alternative, für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik.

Anfang November 2017 brüskierte der Bundesrat mit seiner «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» die bäuerlichen Organisationen, aber auch die Stimmbevölkerung. Diese hatte sich am 24. September deutlich mit rund 78% Ja-Stimmen für den Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative und für die einheimische Agrarwirtschaft ausgesprochen. Die Politik des Bundesrates, den Markt weiter zu liberalisieren und Freihandelsabkommen z. B. mit den Mercosur-Staaten und der EU auszuhandeln, kollidiert mit diesem klaren Votum. Das Ziel: Normen und Handelsregeln sollen abgebaut werden und damit der Schweizer Industrie (wie z. B. Pharma und Chemie) der Export in die dortigen Märkte erleichtert werden; und im Gegenzug werden diese Länder ihre Produkte (zumeist Agrarprodukte) ungehindert in die Schweiz exportieren können. Das Votum des St. Galler Bauernvertreters und Nationalrats Walter Müller (FDP) bringt es auf den Punkt: **«Schweizer Löhne gleich Schweizer Preise für Nahrungsmittel ... Grenzschutz für Löhne verlangt nach Grenzschutz für Agrarprodukte; so einfach ist das.»** Nationalrat Müller ist dabei keineswegs ein Befürworter der Initiative für Ernährungssouveränität.

Zölle sind weltweit keine Ausnahme, sondern die Regel

Die Schweiz schützt den heimischen Markt seit langem und reguliert die Einfuhrmengen.

Die Initianten fordern, einen differenzierten Zollschutz beizubehalten, bis hin zu Importverboten (Artikel 18 des Landwirtschaftsgesetzes) auf Produkte, die unsere Standards nicht erfüllen (z. B. Hormonfleisch und GVO). Wenn wir eine wirklich nachhaltige Landwirtschaft ausgestalten möchten, gilt es, ökologische, soziale wie auch ökonomische Aspekte zu vereinen. Damit setzen wir auch ein unmissverständliches Zeichen für die Diskussion um die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+), die im Herbst 2018 beginnt. Währenddessen dreht sich die landwirtschaftliche Tretmühle immer weiter. Die heranrollenden Freihandelsabkommen werden den Preisdruck noch massiv verschärfen: 30–50% Preisverlust bei Mercosur und einem bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Täglich verschwinden drei Bauernhöfe und 6 bäuerliche Arbeitsplätze in der Schweiz. Das sind in den letzten 30 Jahren insgesamt 100'000 Arbeitsplätze und 35'000 Bauernhöfe, bei steigender «Produktivität». Der Produzentenpreis sank in den letzten 30 Jahren um 30%, wovon besonders die Grossverteiler profitierten. Die Einkommen liegen in der Landwirtschaft 35% unter dem Durchschnittseinkommen, bei 25% höherer Arbeitsbelastung. Der Ökonom Matthias Binswanger warnt: **«Freie Märkte führen nicht zu befreiten Bauern, sondern zur Befreiung ganzer Regionen von den Bauern.»**



«Nominal» heisst hier, was fürs Essen gezahlt werden muss; «real» ist dasselbe im Verhältnis zu den Durchschnittspreisen für Technik aus den «G-5-Ökonomien» USA, DE, JP, UK und FR.